

Distanzierung, aber keine Aberkennung

KIT bedauert Ernennung von Rudolf Greifeld zum Ehrensenator im Jahr 1969 / Gutachten belegt Verstrickungen in NS-Zeit

Von Stefan Jehle

Karlsruhe – Das Forschungszentrum im Hardtwald nördlich von Karlsruhe – seit 2009 Teil des KIT – wurde in seiner Gründungsphase ab 1956 überwiegend von Personen geleitet, die mehr oder weniger tief in das verbrecherische Nazi-Regime verstrickt waren. Das belegt ein jetzt vorgelegtes Gutachten, das Anfang der Woche Thema im Senat des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) war.

Doch am Ende wich das oberste Hochschulgremium einem klaren Votum aus. Es distanzierte sich zwar von der 1969 verliehenen Ehrensenatorenwürde an Gründungschef Rudolf Greifeld, schloss aber die posthume Aberkennung aus: Diese sei rechtlich näm-

lich nicht möglich.

Der Jurist Rudolf Greifeld, ab 1956 Chef der einstigen „Reaktorstation“, die später zum Forschungszentrum mit rund 3700 Mitarbeitern anwuchs, war in seinen jungen Jahren ganz offenbar ein glühender Antisemit. In seiner Zeit als Kriegsverwaltungsrat im besetzten Groß-Paris hatte er 1941 und 1942 an Erlassen mitgewirkt, die auf die klare Benachteiligung der jüdischen Bevölkerung ausgelegt waren. Unterlagen eines im Mai 1945 ums Leben gekommenen französischen Résistance-Kämpfers belegen offenbar zudem, dass Greifeld Listen von jüdischen Beschäftigten anforderte – erster administrativer Schritt zur Verschleppung der Juden in die Vernichtungslager.

1969 hatte die damalige Leitung der Universität Karlsruhe



Rudolf Greifeld. Foto: KIT

Greifeld zum Ehrensenator ernannt: für seine Verdienste um den Aufbau des KIT-Vorläuferinstituts – und die seit vielen Jahren enge Zusammenarbeit

mit der benachbarten Uni. Die 28 Mitglieder des KIT-Senats im Jahr 2015, höchstes Gremium der Karlsruher Hochschule, hatten am Montag das rund 200-seitige Gutachten zur NS-Vergangenheit von Greifeld beraten, das der Düsseldorfer Historiker Bernd A. Rusinek erstellte. Rund drei Jahre lang war dabei vor allem die NS-Vergangenheit des Gründungsgeschäftsführers untersucht worden.

Der Senat distanziert sich nun von der Ernennung zum Ehrensenator: „Nach heutigem Kenntnisstand und auf Basis ethischer Bewertungen würde die Ehrung von Dr. Greifeld nicht mehr erfolgen. Der KIT-Senat bedauert die damalige Ehrung“, teilte die Hochschule mit. Im Jahr 1969 habe noch „keine Auseinandersetzung mit dem Verhalten von Greifeld in

der NS-Zeit stattgefunden“, bedauerte das Gremium.

Gleichwohl gebe es keine posthume Aberkennung der Ehrensenatorenwürde für den 1984 verstorbenen Gründungschef. Nach rechtlicher Würdigung und „vorherrschender juristischer Ansicht“ sei die Auszeichnung bereits mit Tod erloschen. Die Uni Konstanz hatte im Jahr 2012 bei einem vergleichbaren Fall jedoch völlig konträr entschieden.

Dort wurde dem früheren Konstanzer Rathauschef, der maßgeblich an der Gründung der Bodensee-Universität mitwirkte, nahezu zeitgleich sowohl die Ehrenbürgerwürde der Stadt als auch die Ehrensenatorenwürde der Uni posthum entzogen. Ex-OB Bruno Helmle, der 1996 starb, hatte sich in Kriegsjahren an jüdischem Vermögen bereichert.

An dieser unterschiedlichen juristischen Bewertung entzündet sich Kritik von Dietrich Schulze, dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden des Forschungszentrums. Er lobt zwar den Beschluss, die seit 1923 geführte Ehrensenatorenliste „transparenter zu gestalten“ und bei Greifeld mit dem Vermerk zu versehen, der auf NS-Vergangenheit hinweise. Für ihn bleiben dennoch Widersprüche und „undurchsichtige juristische Winkelzüge“.

Die Fragestellung dürfte das KIT, das sich um Aufarbeitung seiner Vergangenheit bemüht, wohl noch längere Zeit beschäftigen. Wie auch die Namen anderer früher leitender Mitarbeiter des Forschungszentrums, die teilweise sogar noch tiefer in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt gewesen sein sollen als Greifeld.